

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

1.2.1902 (No. 31)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 1. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Ein Abdruckgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe „Karlsruher Zeitung“ gestattet.

Nr. 31.

1902.

902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaiserlich Chinesischen Zolldirektor Julius Neumann in Kiangtschau auf Hainan die unterthönigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung, d. d. Karlsruhe, den 19. Januar 1902, Nr. 64, gnädigst geruht, dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg Dr. Hugo Zellheim den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen.

Durch Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 26. Januar d. Z. sind Regierungsbaumeister Philipp Rinzler in Offenburg zur Wasser- und Straßenbauinspektion Konstanz, Regierungsbaumeister Karl Ritteratschy in Freiburg zur Kulturinspektion daselbst und Regierungsbaumeister Karl Wieland in Emmendingen zur Wasser- und Straßenbauinspektion Freiburg veretzt worden.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 23. Januar d. Z. wurden die Expeditionsassistenten

- Josef Santo in Appenweier,
 - Ludwig Göpper in Waldshut,
 - Ferdinand Krämer in Lauda,
 - Rinus Keller in Wasel,
 - Michael Kuffler in Mannheim,
 - Karl Simpel in Pforzheim,
 - Johann Freytag in Bretten,
 - Adolf Rembs in Willingen,
 - Albert Langenbrunner in Pforzheim,
 - Ludwig Mayer in Heidelberg und
 - Gubert Kuhn in Mannheim
- zu Betriebsassistenten ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

„Flottengesetz“.

bc. Berlin, 30. Januar.

Die „Freisinnige Zeitung“ vom Donnerstag Morgen bringt einen Leitartikel: „Wiederum ein Flottengesetz in Sicht“, in welchem folgende Sätze in theilweisem Eperdruck enthalten sind:

1. Der Erlaß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts enthält das Einverständnis, bei der Vorlage des Flottengesetzes den Reichstag über die wirklich entstehenden Kosten getäuscht zu haben. 2. Welcher Berechnung des Reichsmarineamts soll künftig der Reichstag nach diesen Erfahrungen noch Glauben schenken? 3. Wir kann man nach alledem noch Vertrauen zum Staatssekretär des Reichsmarineamts haben?

Diese schweren Anschuldigungen nöthigen zu einer Erwiderung. Der Leitartikel der „Freisinnigen Zeitung“ stellt die Vorwürfe, auf welche sie diese Anschuldigung stützt, unrichtig dar, und insolge dessen sind auch die aus diesen Darstellungen gezogenen Konsequenzen — eben jene Anschuldigungen — durchaus unzutreffend. Für diese falsche Darstellung sind dreierlei Gründe vorhanden: erstens sind der „Freisinnigen Zeitung“ eine Reihe von Umständen, die zum Verständnis des Erlasses erforderlich sind, nicht bekannt und können ihr auch nicht bekannt sein; zweitens hat die Zeitung eine Reihe von Umständen, die ihr aus der Begründung zum Flottengesetze bekannt sein müßten, nicht berücksichtigt und, drittens, ist ihr mindestens ein großer Irrthum unterlaufen.

Was den ersten Grund anbetrifft, so diene zum allgemeinen Verständnis des Erlasses folgendes:

Der „Vorwärts“ hat den Erlaß an einer wichtigen Stelle verkrümelt; er hat nämlich die Adresse, an welche der Erlaß gerichtet ist, fortgelassen. Derselbe ist an das militärische Departement im Reichsmarineamt gerichtet und den andern Departements und Abtheilungen im Reichsmarineamt nachrichtlich mitgetheilt. Das militärische Departement ist diejenige Stelle im Reichsmarineamt, welche lediglich rein militärische Gesichtspunkte im Gegenstand zu vertreten hat.

Dieser Stelle wird in dem Erlaß zunächst in Erinnerung zurückgerufen, daß man sich bei Aufstellung des Flottengesetzes durchaus darüber klar war, daß

man die Indiensthaltung mit Rücksicht auf personelle und finanzielle Gründe nur allmählich entwickeln könnte, daß man mithin eine Vermehrung der Indiensthaltungen für das Ausland zurückziehen und auch mit dem organisatorischen Aufbau der Schlachtflotte nur langsam vorgehen könnte. Dementsprechend sind die Dispositionen im Reichsmarineamt bis 1905 derart festgelegt, daß sich die insgesammt erforderlichen Geldmittel durchaus im Rahmen der in der Budgetkommission aufgestellten Selbstbedarfsnachweisungen halten.

Für die Periode von 1905 bis 1910 konnten derartige detaillierte Dispositionen noch nicht getroffen werden, weil dazwischen noch mit einer Nachforderung für die Auslandsschiffe zu rechnen war und auch im übrigen die einschlägigen Verhältnisse im Einzelnen noch nicht zu übersehen sind.

Der Erlaß beauftragt das militärische Departement mit solchen Ermittlungen und sagt wörtlich: „Von größter Wichtigkeit ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indiensthaltungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Personalpersonals bis zum Jahre 1910 bei normaler Entwicklung möglich ist.“

Auf Grund dieser rein militärischen Ermittlungen soll dann von anderen Stellen des Reichsmarineamts festgestellt werden, was diese Steigerung der Indiensthaltungen kostet, und der Staatssekretär selbst behält sich vor, zu bestimmen, welche Steigerung der fortbauenden Ausgaben er nach Maßgabe der politischen und finanziellen Verhältnisse den höheren Instanzen zur Annahme bringen will.

Diese Steigerung für die Jahre 1906 bis 1910 soll dann zugleich mit der Forderung der Vermehrung der Auslandsschiffe dem Reichstage offen und klar vorgelegt werden. Nach unserer Auffassung ist dieses Verfahren so lokal, wie nur irgend denkbar, und wie man hieraus den Vorwurf konstruieren kann, daß der Reichstag getäuscht worden sei, ist uns unerfindlich. Nach unserer Ansicht hätte der Staatssekretär des Reichsmarineamts sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn er anders verfahren wäre.

Die „Freisinnige Zeitung“ sagt nun, in der Begründung zum Flottengesetz hätte es anders gestanden. Diese Behauptung gehört zu denjenigen, von denen unser Ausspruch gilt, die Zeitung hätte es besser wissen können und müssen.

In der Begründung zum Flottengesetz ist überhaupt nur von dem Indiensthaltungsplan für das Jahr 1920 die Rede.

Nur für dieses Jahr sind die fortbauenden Ausgaben berechnet, und zwar auf 182 Millionen Mark gegen 87 Millionen Mark im Jahre 1902. Wir glauben auch heute noch zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß diese Summe annähernd richtig ist. In welchem Tempo die jährliche Steigerung stattfinden möchte oder könnte, ließ sich damals nicht und läßt sich auch heute kaum übersehen. Bezüglich dieser Frage kann die Marineverwaltung nur Ueberflüsse über enger bezogene Perioden geben.

Die Begründung zum Flottengesetz sagt auf Seite 13 der Reichstagsvorlage ausdrücklich: „Die Selbstbedarfsberechnung soll und kann nur einen Ueberblick über die Gesamtkosten geben. Die in die Jahresetats einzustellenden Ausgaben sollen der jährlichen Festsetzung durch die gesetzgebenden Faktoren überlassen bleiben.“ Weitere hierauf bezügliche detaillierte Ausführungen finden sich auf Seite 62, 63 der Begründung zum Flottengesetz. Die „Freisinnige Zeitung“ stellt es dann ferner so dar, als ob die Steigerung der fortbauenden Ausgaben in dem Jahr 1906 bis 1910 bei der nächsten Flottenvorlage die Hauptsache und die Nachforderung der Auslandsschiffe eigentlich nur Nebenache wäre. Erstens gehört die Steigerung der fortbauenden Ausgaben überhaupt nicht in die Rubrik zum Flottengesetz hinein, und zweitens tritt die Steigerung der fortbauenden Ausgaben im Gegensatz zu den Schiffsbauten finanziell vollständig zurück. Selbst wenn die Steigerung vorübergehend bis zu 9 Millionen Mark betrage würde, etwa 7 — 7 — 8 — 9 — 9 Millionen Mark, würden die fortbauenden Ausgaben im Jahre 1910 nur um 10 Millionen Mark höher sein als bei 6 Millionen Mark Steigerung, während die Baukosten der Auslandsschiffe etwa 150 Millionen Mark betragen.

Zu den groben — Irrthümern der „Freisinnigen Zeitung“ gehört, daß sie am Schlusse ihres Artikels sagt:

(Mit einer Beilage.)

„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, bei der Beschlußfassung über die Vermehrung der Auslandskreuzer werde auch die finanzielle Seite der Sache gebührend zu berücksichtigen sein. In dieser Hinsicht fällt die von dem neuen Posttarif zu erwartende Mehreinnahme besonders schwer ins Gewicht. Die Notwendigkeit, für höhere Deckungsmittel für die Kosten der Flotte zu sorgen, diene so der Zollvorlage zum wirksamen Vorspann.“

Dadurch wird der Eindruck erweckt, als ob sich diese Stelle in der gestrigen Nummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ befände.

In Wirklichkeit sagt dies aber nicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, auch nicht etwa als abgedrucktes Citat, sondern es steht erst gestern Abend in der „Post“.

Der ganze Leitartikel der „Freisinnigen Zeitung“ ist entweder von dem Bestreben diktiert, die Veröffentlichung des „Vorwärts“ politisch auszunutzen, um die Marineverwaltung und ihren jetzigen Chef möglichst in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren und auf diese Weise der Erweiterung unserer Marine Schwierigkeiten zu machen — ein Vorgehen, das zwar nicht schön, aber bei der politischen Ueberzeugung der „Freisinnigen Zeitung“, daß eine starke Marine für Deutschland überflüssig, wenn nicht gar schädlich sei, verständlich wäre — oder aber der Schreiber des Leitartikels hat die Situation nicht richtig übersehen und erkannt. In diesem Falle hoffen wir, daß er entweder die vorstehenden Ausführungen widerlegt oder zugibt, daß die Marineverwaltung doch mehr Vertrauen verdient, als er ihr in seinem Leitartikel entgegengebracht hat.

Die Eröffnung des Landesauschusses für Elsaß-Lothringen.

Strasburg, 31. Januar.

Die Rede des Kaiserlichen Statthalters Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg bei der gestrigen Eröffnung des Landesauschusses lautet:

Meine Herren! Zum Beginn der 29. Tagung des Landesauschusses heiße ich Sie willkommen. Die Lage der Landesfinanzen zeigt sich durch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und die ebenfalls nicht günstige Gestaltung der finanziellen Beziehungen zum Reiche beeinflusst. Es ist deshalb in dem Entwurfe zum Landeshaushaltsetat für 1902, der Ihnen alsbald zugehen wird, auf thunlichste Einschränkung neuer Forderungen, insbesondere auch im Gebiete der Reichspflege, trotz der unter der neuen Gesetzgebung über das bürgerliche Recht erhebliche gestiegenen Bedürfnisse, streng Bedacht genommen worden. Immerhin gestattet es die Finanzlage, im Interesse des Verkehrs zwei neuen größeren Unternehmungen, durch Einstellung erster Raten für den Bau einer Eisenbahn von Metz über Bigny nach Anzelingen und für die Regulierung des Rheins auf der Strecke Sondernheim-Strasburg, näher zu treten. Ueber die Regulierung des Oberrheins haben seit Jahren zwischen den beteiligten Uferstaaten Verhandlungen geschwebt; dieselben sind endlich im November v. J. zu dem Abschluß einer Uebereinkunft der Bevollmächtigten der Regierungen von Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen geblieben. Die Regierung legt das Vertrauen, daß Sie durch Bewilligung der ersten Raten der nach dieser Uebereinkunft von Elsaß-Lothringen aufzubringenden Beträge die Hand zur Ausführung eines Unternehmens bieten wollen, welches die wichtige Wasserfrage des Rheins in wirksamer Weise zu verbessern geeignet ist und den Zweck verfolgt, dem Oberrhein wieder die ihm gebührende Bedeutung zu verschaffen, woraus dem Land ein erheblicher wirtschaftlicher Nutzen erwachsen wird. Neben der Frage der Rheinregulierung hat die Regierung auch im abgelaufenen Jahre sich mit der Frage der Verbesserung der Wasserstraße der Mosel durch Fortsetzung der Manufaktur dieses Flusses von Metz abwärts beschäftigt, und im Anschluß an die über diesen Gegenstand gepflogenen Beratungen die Ergänzung des tatsächlichen und statistischen Materials in die Wege geleitet, sowie die Neubearbeitung des früher schon für die lothringische Strecke der Moselkanalisation aufgestellten Entwurfes in Angriff genommen. Mit dem Entwurf des Landeshaushaltsetats für 1902 werden Ihnen die allgemeine Rechnung für das Rechnungsjahr 1897 nebst den dazu gehörigen Spezialrechnungen und den Bemerkungen des Rechnungshofes, sowie die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesverwaltung für das Rechnungsjahr 1900 behufs Erhellung der Entlastung und Genehmigung der vorgekommenen Etatsüberschreitungen vorgelegt werden. Ihre Thätigkeit in Bezug auf die Gesetzgebung wird durch einen Entwurf beansprucht werden, welcher bestimmt ist, die veralteten Vorschriften über die Disziplinarverhältnisse der Gerichtsbeamten — z. B. Richter — entsprechend einem in der zweiten Kommission des Landesauschusses seiner Zeit ausgedrückten Wunsche — durch neue zeitgemäße Vorschriften zu ersetzen. Von zwei weiteren durch die Regierung vorbereiteten Gesetzentwürfen, mit welchen Sie befaßt werden sollen, falls Ihre Arbeitszeit es gestattet, hat der eine die Errichtung und den Betrieb von Apotheken zum Gegenstande und entspricht einer wiederholten Anregung des Landesauschusses; der andere Entwurf, betreffend die Reichsverhältnisse nach den Grundfragen, welche ein in Ihrer 26. Tagung gefaßter Beschluß zum Ausdruck gebracht hat. Möge Ihre bewährte Hingebung auch in der bevorstehenden Tagung Ergebnisse zeitigen, die unserem Lande zum Segen gereichen! Im Namen Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich die 29. Tagung des Landesauschusses für eröffnet unter dem Rufe: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!

Regierung
Allgemeinheit
und das vierte
einstufige

Prüft, da sie
übereinstimme

mit 298 gegen

mission unter

n von sechs

6 600 Francs

von zwei bis

in million

Abstimmung

ung 6 6 0

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

er

Das Haus stimmt lebhaft in den Ruf ein. Staatssekretär v. Müller beruft dann das älteste Mitglied, den Abg. Frey, zum Alterspräsidenten.

Abg. Frey erklärt: Als Alterspräsident ist mir die Ehre geworden, den Vorsitz bis zur Wahl des Präsidenten zu führen. Ich berufe das jüngste Mitglied des Hauses, den Abg. Gös, als Schriftführer. Ich bitte das Haus, sich von den Seiten zu erheben. Der Kaiser und das Kaiserliche Haus, wie das ganze deutsche Volk sind von einem schweren Schicksalsschlage betroffen worden. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich, die Mutter unseres Kaisers, hat am 5. August das Zeitliche gesegnet. Unser würdiger Herr Präsident hat bei seiner Majestät für den Landesauschuss das Wort der Teilnahme gesprochen, aber ich möchte hinzufügen, daß unser Präsident im Sinne des Landesauschusses gehandelt hat. (Weifall.) Meine Herren! Große Personalveränderungen sind in der Regierung vorgegangen. Staatssekretär v. Rüttamer ist nicht mehr in unserer Mitte, er hat sein Amt niedergelegt; sein Andenken wird von uns stets geehrt sein. Als sein Nachfolger ist Herr v. Müller ernannt worden, ich heiße ihn in unserer Mitte herzlich willkommen. (Weifall.) Herr v. Müller ist beinahe einer der unseren, indem er als Unterstaatssekretär in unserer Mitte weilte und wir sind sicher und hoffen fest, daß er den bekannten Forderungen unseres Landes nachkommen wird, daß er sein Möglichstes thut, sie zu verwirklichen, daß die Ausnahmestimmungen sobald als möglich zur Aufhebung gelangen. (Weifall.) Wir scheiden nun zur Wahl des Präsidenten.

Der Vorstand wird darauf, wie folgt, wiedergewählt: Abg. Dr. v. Schlumberger, Präsident, Jannetz, erster Vizepräsident und Dr. Gungert, zweiter Vizepräsident; Schriftführer die Abgg. Kunnig, Jehl und Kübler.

Der Präsident ernennet den Abgeordneten Jehl für die Dauer der Session zum Quästor. (Weifall.) Hierauf werden die Abteilungen und Kommissionen gebildet.

Unbegründete Befürchtungen

— Stuttgart, 30. Januar.

Aus den Kammerverhandlungen über die Briefmarken mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ ist (unserem sofort nach Annahme des Abkommens ausgegebenen Berichte) nur wenig nachzutragen. Die Sache war nach jeder Richtung spruchreif, als sie in's Plenum gelangte, und nur die lebhafteste Art, mit der das Centrum durch den Mund des Vizepräsidenten v. Kiene seine abweichende Haltung zu dem nationalen Verkehrsfortschritt verteidigte, nährte die Debatte.

Aus den Nachrichten, die der Verkehrsminister gab, erfah man, bis zu welcher hohem Grad schon bisher die württembergische Postverwaltung mit ihren Einnahmen auf Verrechnungen und Pauschalabfindungen mit auswärtigen Verwaltungen angewiesen war. Das jetzige Abkommen mit der Reichspost stellte sich hienach, wie der Ministerpräsident aussprechen konnte, nicht anders dar, denn als eine Weiterentwicklung jener Abrechnungsverhältnisse. Diese hatte noch niemand dahin aufgefaßt, daß dadurch das württembergische Postreservat gefährdet würde. Im vorliegenden Falle wollten nun freilich die Gegner des Vertrags eine „Aushöhung“ des Reservatrechts feststellen, aber sie konnten diese Befürchtung angesichts des Wortlauts des Vertrags durch keinerlei konkrete Hinweis belegen. J. B. konnte nicht einleuchtend gemacht werden, warum eine Ermäßigung der Tarife, die Württemberg etwa später vornehmen will, gehindert sein sollte durch die damit möglicherweise verknüpfte Aenderung der Verrechnung. Steht man, wie der Centrumsredner, der diesen Einwand vorbrachte, auf dem Glauben, daß jede Tarifverbilligung Mehreinnahmen zur Folge hat, so könnte die Verbilligung nur beiden Verwaltungen willkommen sein. Setzt man aber ein finanzielles Risiko voraus, so hat sich eben Württemberg zu entscheiden, ob es den volkswirtschaftlichen Vortheilen der Tarifverbilligung zu lieb dieses Risiko auf sich nehmen will; die Reichspost wird davon lediglich nicht berührt, hat also nicht einmal einen Grund, geschweige denn ein Recht zum Einspruch, und für Württemberg wäre die Alternative ganz die gleiche auch ohne den Vertrag. — Die vielfach ausgesprochene Ueberzeugung, daß das württembergische Reservatrecht durch die Befreiung als störend empfundenen „Annebenheiten“ nicht nur nicht gefährdet, sondern gekräftigt und gestärkt ist, beleuchtet Herr v. Wöllwarth, für seine Person Gegner aller Reservatrechte, durch eine Anekdote, für die ihm übrigens die Verantwortung überlassen sei. Er erzählte aus dem Schatz seiner parlamentarischen Erfahrungen, der erste Reichspostsekretär, Herr v. Stephan, habe einmal auf die Frage eines süddeutschen Reichstagsabgeordneten, ob denn nicht die Einheitsmarke ohne Beeinträchtigung des Reservatrechts möglich wäre, geantwortet: Ja schon, aber dann ist euer Reservatrecht gefährdeter und das liegt nicht im Interesse des Verkehrs.

Die vorteilhafte finanzielle Wirkung des Abkommens ist gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten höchst willkommen. Für das Etatsjahr 1902 würden nach einer vorläufigen Berechnung die wirklichen Einnahmen aus Porto z. c. etwa um 600 000 M. hinter dem Etatsfuß zurückbleiben; durch das Abkommen ist Württemberg eine Mehreinnahme von 400 000 M. über den Etatsfuß hinaus garantiert, also ein Gewinn von rund 1 Million. Der angenommene Steigerungssatz von 6,42 Proz. ist seit 1882 nur zweimal unerheblich überschritten, in allen übrigen Jahren zum Theil entfernt nicht erreicht worden. Eine Schädigung Württembergs ist daher auch für künftige Jahre so gut wie ausgeschlossen; die Normaljahre 1896/99, die dem Vertheilungsmassstab zu Grunde gelegt sind, bedeuten nach allgemeinem Urtheil eine Periode ganz außerordentlicher Prosperität, die nicht so bald in demselben Grade wiederkehren wird.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 30. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Paasche (nat.-lib.) beantragt, die Novelle nebst in stoischen eingegangenen Antrag Arenberg an die Branntweinsteuerkommission zurückzuerweisen.

Nach Ausführungen des Abg. Müller-Sagan wird ein Antrag Müller-Sagan auf Verweisung an die Tarifkommission abgelehnt und ein Antrag Paasche angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Etatsberatung beim Etat des Reichsamts des Innern. Abg. Feus (Soz.) mündet sich unter großer Unruhe gegen die Ausführungen des Abg. Oertel in Sachen der Stenogrammvereine. Die landwirtschaftliche Künderbearbeitung ist durchaus nicht so gesund, wie gerühmt wird; im Gegentheil, nach Berichten der Lehrer gelingt es in den Schulen nicht, die vollständig erschafften Lebensgeister durch geistige Anregung aufzufrischen. Die Herren von den Rechten klagen über die Flucht der Landarbeiter in die Städte; schaffen Sie den Landarbeitern ein menschenwürdiges Dasein und die Freiheit des Lebens, dann wird diese Flucht schon aufhören.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky betritt den Saal. Abg. Jakobskötter (sonj.) verweist gegenüber den neuen Ausführungen des Abg. Pauli auf die Berichte und die Thätigkeit der Handwerkskammern. Im allgemeinen wird der Begriff Handwerker viel zu eng ausgelegt. Mit Recht sind die Heimarbeiter der Konfektionsindustrie in Berlin dem Krankenlastenzwang unterworfen.

Abg. Hoffmann-Galle (Volksp.) wünscht baldige Verlegung von Gesetzentwürfen über die Medizinalreform und das Apothekergewesen.

Abg. Schlumberger spricht sich gegen die Resolution Albrecht bezüglich eines internationalen Arbeitsamtes und gegen die Resolution Jaffermann aus bezüglich Reichszuschuß für das bestehende internationale Amt in Basel.

Abg. Vebel befürwortet die Resolution Albrecht. Bezüglich der Frauenfrage bemerkt er: Die Sozialdemokratie will volle Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens. Redner polemisiert in seinen weiteren Ausführungen besonders gegen den Konservativen v. Massow. Redner erörtert die Landflucht der Arbeiter und die ländlichen Wohnungsverhältnisse unter Hinweis auf die Worte des Gutsheeren von Cabinen, daß Schweinejälle besser seien als die Wohnungen.

Abg. Krüger (frei. Volksp.) befürwortet die Resolution betreffend die Ueberfahrt über den Stand der Innungen. Die Mehrheit seiner Partei trete für beide Resolutionen betreffs des Arbeitsamtes ein.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Am 8. Oktober vorigen Jahres haben wir das reichsstatistische Amt beauftragt, Erhebungen darüber anzustellen, wie sich nunmehr die Verhältnisse in Betreff der Innungen nach Abschluß der Organisation gestaltet haben, in welcher Weise sie die Aufgabe, die ihnen das Gesetz obligatorisch und fakultativ zugewiesen hat, erfüllen. Der Fragebogen ist aufgestellt und Gegenstand der kommissarischen Verhandlungen innerhalb der Reichsgerichts und der preussischen. Auf Grund der heutigen Anregungen werde ich eine Ergänzung des Fragebogens erwägen. Es ist durchaus praktisch, nach Abschluß derartiger großer Gesetze zu untersuchen, wie sie wirken. Was das internationale Arbeitsamt in Basel anlangt, so habe ich wiederholt betont, daß wir aus unserm nationalen Egoismus dahin zu wirken haben, daß andere Staaten in Bezug auf Arbeiterschutz mit uns möglichst gleichen Schritt gehen; denn das ist eine Frage der internationalen Handels- und Produktionskonkurrenz. Wenn wir dahin wirken, dann kann sogar ein Moment darin liegen, daß wir von unsern Vorkäufen abweichen; denn die Frage der Produktion ist entscheidend. Wir haben also das dringendste Interesse, solchen Bestrebungen freundlich gegenüberzutreten. Ich habe, ehe diese Anregung gekommen ist, bereits angeordnet, daß aus dem mir zur Verfügung stehenden Fonds das internationale Amt in Basel, bekanntlich ein wissenschaftliches Institut, das das gesammte Material der Arbeiterschutz sammelt, unterstützt wird. (Weifall.) Herr Hofmann-Hall fordert ein Kurpfüchler- und Geheimmittelgesetz. Demgegenüber eine allgemeine Bemerkung. Wir leben alle Tage, wie die Intelligenz des deutschen Volkes in der modernen Zeit fortschreitet. Da darf man es auch einmal dem Publikum überlassen, selbst Auswahl zu treffen und sich dafür zu schützen, daß es solchen schwindelhaften Unternehmungen zum Opfer fällt. (Sehr wahr.) Auf allen Gebieten kann der Staat nicht die Rolle der Kinderfrau spielen, einige Intelligenz muß der Mensch auch selbst aufwenden. (Sehr wahr.) Vor schwindelhaften Unternehmungen ist so oft gewarnt worden, daß jeder es sich selbst zuschreiben hat, wenn er darauf hineinfällt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Geheimmittel können wir nicht im allgemeinen verbieten, aber allerdings werden wir die Geheimmittel beschränken und unter scharfe Kontrolle nehmen, die entweder gefährlich sind vom ärztlichen Standpunkte aus oder die offenbar nur betrügerischen Zwecken dienen. Was die Vorbildung der Apotheker betrifft, so ist ein darauf hingehender Antrag seitens der badischen Regierung eingegangen, nach welchem das Maturitätszeugnis als Vorbedingung vorgeschrieben wird. Der Antrag ist Gegenstand der Beratung. Ueber die Prüfung der Apotheker ist eine Verordnung in Vorbereitung. Der Plan, der wahrscheinlich zur Verabschiedung gelangen wird, ist folgender: Die Zulassung als Apothekerherstellung wird wahrscheinlich abhängig gemacht von der Reife für die Rima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums; dann kommt eine dreijährige Lehrzeit, für die Absolventen eine zweijährige; hierauf der Abschluß durch die Gesellenprüfung. An diese schließt sich ein Servicejahr, darauf ein Unbefähigtensstudium von vier Halbjahren, demnach die Prüfung als Apotheker und danach zwei weitere Servicejahre. Morgen Fortsetzung und Etat des Reichsjustizamts. — Schluß 6 Uhr.

* Berlin, 31. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Am Bundesrathsstische Staatssekretär Graf Posadowsky. Die zweite Statberatung des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Pachnide (frei. Ber.) befürwortet den von ihm und Anderen eingebrachten Antrag betreffend Einsetzung einer Kommission zwecks Prüfung der bestehenden Versicherungseinrichtungen gegen Arbeitslosigkeit und Entgegennahme von Vorschlägen für zweckmäßige Ausgestaltung dieses Versicherungszweiges. Allerdings müsse dabei auch der Arbeitsnachweis ausgebaut werden. Gerade jetzt, wo das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit sich wieder zeigt, wäre eine ablehnende Haltung der Regierung unverständlich.

* Berlin, 31. Jan. In der Wandelhalle des Reichstags sind drei neue von seiner Majestät dem Kaiser gezeichnete Schiffstafeln aufgestellt worden, welche die Schiffstärken Rußlands, Japans und der Vereinigten Staaten darstellen.

Zur Geschichte der Landwirtschaftsvertretung in Baden.

I. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Interessensvertretung in Baden ist auf's Engste verknüpft mit der Ge-

schichte des landwirtschaftlichen Vereins. Die ersten Bestrebungen nach einem Zusammenschluß behufs gemeinschaftlicher Arbeit zur Hebung und Förderung der Landwirtschaft traten im Großherzogthum schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts hervor. So wurde bereits im Jahre 1810 der Versuch gemacht, in Karlsruhe eine Landwirtschaftsgesellschaft in's Leben zu rufen. Doch ließen die kriegerischen Unruhen jener Zeit diesen Gedanken nicht zur Entfaltung kommen. Erst nach den Miß- und Nothjahren 1816 und 1817 kam es am 4. Juli 1819 in Ettlingen zur Bildung einer Genossenschaft, welche, im Volksmunde „Landverein“ genannt, sich die Aufgaben der Hebung der Viehzucht und des Ackerbaues stellte.

Trotz der im Jahre 1821 erfolgten Anregung zur Errichtung von Bezirksvereinen wollte es jedoch dem Verein nicht gelingen, im Lande selbst tiefere Wurzeln zu fassen. Der Grund hierfür mag zum Theil wohl in der Neuheit der Sache gelegen haben; hauptsächlich aber war er wohl in den den Beitritt praktisch thätiger Landwirthe allzu sehr erschwerenden Bestimmungen der Statuten zu suchen, welche verlangten, „daß jedes Mitglied die Ausländer ausgenommen, sich einem besonderen landwirtschaftlichen Fache, jedoch nach seiner Wahl widmen müsse.“ Welche Bedeutung man in den höchsten Kreisen dem neugebildeten Verein beilegte, geht daraus hervor, daß am 7. Januar 1820 Markgraf Wilhelm von Baden als Präsident an die Spitze desselben trat und dieses Amt bis zum Jahre 1851 beibehielt. Indessen hatte, wie bereits bemerkt, die vorhin erwähnte neue Organisation vom Jahre 1821, welche mit Gründung von Bezirksvereinen verbunden war, infolge der eine weitere Ausdehnung insbesondere in der landwirtschaftlichen Bevölkerung hintanhaltenden, einengenden Bestimmungen der Statuten nicht den gewünschten Anlauf finden können und man sah sich deshalb im Jahre 1825 zur Aufstellung neuer Statuten genöthigt, welche insbesondere Aenderungen in doppelter Richtung brachten; einmal gestatteten sie den Eintritt Jedem, der einen guten Ruf genoß und regen Eifer zum Gemeinnützigen zeigte, ohne von ihm die statutenmäßigen schriftstellerischen Arbeiten zu verlangen; dann aber wurden für die einzelnen Kreise des Landes besondere Kreisabteilungen mit je einem Vorstand und einem landesherzlichen Kommissar geschaffen. So vorteilhaft die erwähnte Aenderung sich erwies, so wenig zweckmäßig gestaltete sich die Schaffung von Kreisabteilungen. Da entschloß man sich im Jahre 1835 zu einer weiteren Aenderung der Statuten dahin, daß nunmehr auf die Gründung von Amtsvereinen, welche bisher eine zu geringe Beachtung gefunden, ein Hauptgewicht gelegt wurde. Infolge dieser Einrichtung stieg die Mitgliederzahl in einem Jahre von 1285 auf 3753. Trotz dieses wesentlichen Fortschrittes scheint die Organisation immer noch nicht voll befriedigt zu haben und so kam es in der Generalversammlung vom 25. Juni 1838 abermals zu einer Aenderung der Statuten. Diese Organisation hatte bis Ende 1852 Bestand, von welchem Zeitpunkt ab sich Bezirksvereine entwickelten. Gleichzeitig wurde die Zentralstelle selbst durch landesherliche Verordnung vom 21. Oktober 1852 in eine Staatsstelle umgewandelt, deren Mitglieder nicht mehr gewählt, sondern vom Großherzog ernannt wurden. Diese Neuorganisation des Vereins erwies sich für seine Ausbreitung und Entwicklung außerordentlich förderlich; so stieg die Mitgliederzahl bald auf 13 000 und es entstanden eine Reihe neuer Bezirksvereine. Aber auch diese Organisation hatte keinen längeren Bestand. Die Fortdauer der Angriffe auf die Zentralstelle war für die Staatsregierung bestimmend, nunmehr auf die feierliche unmittelbare Leitung des landwirtschaftlichen Vereinslebens zu verzichten und auf eine die größere Selbständigkeit des Vereins sichernde Entwicklung der Vereinsstatuten hinzuwirken. So trat die neue Zentralstelle des landwirtschaftlichen Vereins im Juli 1864 erstmals in Thätigkeit, während die bisherige staatliche landwirtschaftliche Zentralstelle durch landesherliche Verordnung vom 29. Juli 1864 aufgehoben wurde. Aber auch diese neue Einrichtung befriedigte nicht völlig. Es mußte die Eigenartigkeit des Verhältnisses zwischen Regierung und Zentralstelle in dem Augenblicke störend sich geltend machen, in dem die landwirtschaftlichen Interessen (wie seit Ende der 70er Jahre) eine erhöhte Beachtung forderten, und der Regierung durch die damals sich entwickelnde Landwirtschaftskrisis für das, was zur Wüderung derselben geschehen konnte und sollte, eine Verantwortung erwuchs, die nicht ohne Weiteres auf einen landwirtschaftlichen Verein abgewälzt werden konnte.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 31. Januar.

Nach dem gestrigen Gastspiel des Herrn Coquelin empfingen die Höchsten Herrschaften denselben wiederum im Vorraum der Hofloge, um ihm Höchstherrliche Anerkennung über die vorzüglichen Leistungen seiner Gesellschaft auszusprechen und Abschied von ihm zu nehmen.

Heute Vormittag von 11 bis 1 Uhr nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Finanzministers Dr. Buchenberger entgegen.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Vabo und des Legationsraths Dr. Sepp.

** Sicherem Vernehmen nach ist der Beginn der im Frühjahr d. J. stattfindenden zweiten juristischen Staatsprüfung auf Freitag den 4. April bestimmt worden.

(Zum Jubiläum.) Zu der bevorstehenden Feier des 50-jährigen Regierungsjubiläums Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs werden voraussichtlich so viele Festgäste in unserer Stadt eintreffen, daß dieselben in den Gasthäusern wahrscheinlich nicht alle Unterkunft finden können. Es wird daher an die Einwohner der Stadt, die in der Lage und geneigt sind, für die Festtage, insbesondere für den 26. und 27. April, möblierte Zimmer zu vermieten, hierdurch die Aufforderung gerichtet, die Zimmer unter Angabe der Lage, des Stadtviertels und des Preises für einmaliges Liebernachten bei dem Sekretariat des Stadtraths schriftlich anmelden zu wollen.

(Gastspiel Coquelin-Durand.) Der geistreiche und letzte Gastspielabend Coquelin's im Großherzoglichen Hoftheater hat uns Molière gebracht. Der große Molière ist in der ganzen Welt heimisch, auch bei uns erweist er sich liebenswerter Besuche. Es war aber ein ganz besonderer Genuß, ihn in seiner Sprache von seinen Leuten gespielt zu sehen. Coquelin hat sich als Molièrespieler glänzend bewährt, sowohl als Tactuffe, wie ganz besonders als Mascarille in „Les précieuses ridicules“. Die Franzosen spielen Molière nicht im Geiste seiner Zeit, nach den Traditionen des Molièreschen Theaters, mit einfachen Mitteln in Ausstattung und Sprache. Das sieht Molière sehr wohl an, er wirkt um so stärker und unmittlbarer. Coquelin ist ein Tactuffe, der wenige feinsinnige hat. Es ist nicht der feine Schmeichler als der er uns meist vorgeführt wird. Es ist ein beherrschender, gefährlicher Geizhals, kräftig und dreist, von brutaler Sinnlichkeit; eine düstere Gestalt, die durchaus ernst wirkt. Im Gegensatz dazu war sein Mascarille ein ganz prächtiger Zierengel von unergleichlicher Komik. Hier bedurfte es nicht der Sprache, kein Spiel genügte, um die laute Heiterkeit zu erwecken, die ihn sogar nöthigte, sich offener Scene eine kleine Pause einzutreten zu lassen, damit sich das Publikum von Herzen auslachen konnte. Diese plumpe Heiterkeit, dies tödtliche Brüllen, Singen und derbe Charaktermal war so unwichtig, daß es kein Widersehen gab, man mußte sich dieser tollen Stimmung gefangen geben, ob man wollte oder nicht. So hat Coquelin auf seinem allereigensten Gebiet, der Komik, sich von uns verabschiedet. Der stürmische Abschiedsapplaus wird ihm beim Erinnern an Karlsruhe freundlich in den Ohren klingen. Den großen Vorbezug, der ihm auf die Bühne geworfen wurde, hat er redlich verdient. Fräulein Durand hatte im „Tactuffe“ als Elmire eine ihr weit besser liegende Partie, als die Titelrolle im „Fräulein von Sciglière“. In der Darstellung der stolzen, klugen Frau kam ihre schöne Sprache, ihre ruhige vornehme Haltung zur rechten Geltung. Herr Coquelin junior war ein guter nährlicher Organ. Im allgemeinen scheinen sich die Darsteller bei Molière ganz besonders zu Hause zu fühlen. Neu lernten wir unter Anderem Fräulein Spindler als Marianne im „Tactuffe“ und als Marotte in den „Précieuses“ kennen, eine sympathische Erscheinung und gute Sprecherin. Sprechen können die Franzosen übrigens alle gut, laut und verständlich, darin können wir von ihnen manches lernen. Am lauteften und kräftigsten sprach Madame Boudelat, sie war im „Tactuffe“ eine ungewöhnlich schnelle Dorette. — Die vereinte Anziehungskraft von Molière und Coquelin hatte ein nahezu außerordentliches Hauszusammengedrängte. Die Großherzoglichen Herrschaften zeichneten auch gestern die französischen Gäste durch höchstgütigen Besuch aus, und theilhaftigen sich lebhaft an den vielen Beifallshandlungen.

(Aus dem Polizeibericht.) Verhaftet wurden: ein 20 Jahre altes Dienstmädchen aus Offenbach, welches ihre Dienstadt verlassen hat; ferner ein 26 Jahre alter Tagelöhner aus Neudorf, weil er einem Hausburschen Kleidungsstücke im Werthe von 15 M. unterschlagen hat; dann ein Schlosser aus Augsburg, der von der Staatsanwaltschaft in Darmstadt wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verfolgt wird und endlich ein 25 Jahre alter Student, welcher dringend verhaftet ist, eine Urkunde gefälscht und eine Expresse verfaßt zu haben. — Geführt wurden noch verhaftet: ein 19 Jahre alter holländischer Fischer aus Commewere wegen Hausfriedensbruch und Unterschlagung und ein 18 Jahre alter Schlosser aus Eppingen, welcher in der Nacht vom 11. auf 12. d. M. zum Nachteil eines in der Kaiserstraße wohnenden Kaufmannes 227 M. mittelst Nachschlüssel gestohlen hat.

Fl. Baden, 30. Jan. Heute hat sich hier die Gräfin über eine die Frau, edel im wahren Sinne des Wortes, geschlossen, um ihr Ruhe zu geben nach einem kurzen, von vielen Sorgen und Mühen erfüllten Leben. Freiin Elisabeth von Wal. Berenberg, geborene von Savigny, die Gemalin des Freiherren Rudolf von Wal. Berenberg, des früheren Mitglieds des badischen Landtags und Deutschen Reichstags, welcher er drei Jahre, bis zu seinem Auscheiden aus dem parlamentarischen Leben im Jahre 1898 als Präsident leitete, ist unter der würdigen Theilnahme der nächsten und weiteren Verwandten und vieler Freunde zu Ruhe getreten worden. Ihre Majestät die Kaiserin hat Ihre Theilnahme allerhöchster telegraphisch ausgesprochen. Ebenso Seine königliche Hoheit der Großherzog. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin gerühte den Kammerherren und Oberamtsrichter und ließ den Sarg mit herrlichen Blumen schmücken. Mehrere Rednerinnen betrat die Centrumsfraction von Land- und Bauernvereinen Mannheim sandte ein Vorstandsmitglied. Die Rednerinnen war die liebevollste Gefährtin ihres seit langem verstorbenen Gatten, den sie durch sein bewegtes Leben in Treue und Verzicht bis in musterger Weise gegen ihre einzige Tochter vertrat.

St. Gallen, 31. Jan. Vom Erzbischoflichen Ordinariat wurde Herr Heiliger Rath und Stadtrath Rüdiger zum neuen Reichspräsidenten ernannt.

Neueste Nachrichten aus Baden. Gestern fand in Eppingen eine Reichspräsidentenwahl statt, in welcher über das Projekt der Elektricitäts-Gesellschaft verhandelt wurde, betreffend die Genehmigung eines elektrischen Leitungsnetzes im Albthal. Von Seiten der Gemeinde Eppingen, Eilingen, Pfaffenroth, Schilber, Vurbach und Eppingen wurde dem Projekt Einspruch erhoben, Vurbach und Eppingen aus dem leitenden Werkstätten worden gegen das Projekt, welches unterhalb, theils oberhalb des projektirten Elektricitätsnetzes liegen und von 143 Wiesenbesitzern des Albthals. Der Reichsrath gab den erhobenen Einsprüchen Raum und hat das Gesetz der Elektricitäts-Gesellschaft löstpflichtig gemacht. Von einem Unglück auf dem Felde gerichtet die Arbeiter drei Schneehühner einen Abstieg von der Höhe der drei Touristen mit fort und unter sich begrub. Die Leichen konnten bis jetzt nicht gefunden werden und es wird noch nach Hoffnung, den Verunglückten lebend aufzufinden. Der Reichsrath, ein Herr Dr. Otto Scheller aus Hohenheim, hat sich für die Aufnahme der Reichspräsidentenwahl in Baden im Jahre 1898 an in Freiburg, jetzt dann in Baden studien in Berlin fort und schloß sie in

Jahre 1902 und 1903, und zwar Ausgabebittel IX, Bezirksverwaltung und Polizei, B. außerordentlicher Etat, Ziffer 13; Berichterstatter: Abg. Fehrenbach; Ausgabebittel XVII, Wasser- und Straßenbau, B. außerordentlicher Etat, I. (Straßenbau) Ziffer 1 bis 20 und 22, II (Wasserbau) Ziffer 23 bis 27 und III (Verschiedenes) Ziffer 28 bis 33; Berichterstatter: Abg. Berg.

2. Fortsetzung der Beratung des Budgetkommissionsberichts über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1902 und 1903 Ausgabebittel I bis VII, XII und XIII und Einnahmestitel I. — Druckfache Nr. 19. — Berichterstatter: Abg. Dr. Binz.

St. L.A. Am 31. Januar 1902 waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogthum durch Kaul- und Klauenfische 5 Amtsbezirke mit 7 Gemeinden verheuet, und zwar: Amtsbezirk Rehl mit 1 Gemeinde, Rastatt (1), Pforzheim (1), Eppingen (1) und Sinsheim (3). Desgleichen war durch Schweinefische der Amtsbezirk Emmendingen mit 1 Gemeinde verheuet.

Landwirthschaftliche Versammlungen und Besprechungen.

Landwirthschaftliche Bezirksvereine. Den 2. Februar zu Gampenhof, Gillingen, Gießen, Mühlheim, Gundelfingen, Oberrechtthal, Zell a. S., Zunsweier und Ruitz; den 9. Februar zu Gemmingen.

Landwirthschaftliche Konsumvereine. Den 2. Februar zu Gatingen, Schöllbrunn, Altheim und Lehningen; den 9. Februar zu Niedereggenen und Wies.

England und Transvaal. (Telegramme.)

London, 31. Jan. „Daily Telegraph“ erklärt, der allgemeinen Tendenz nach trägt die Antwort Lord Lansdowne's auf die Mittheilung der Niederländischen Regierung die Form der hoflichen Versicherung, daß der Mangel jeder Vollmacht auf Seiten dieser Regierung, im Namen — sei es der Buren im Felde, sei es der Delegirten in Europa — zu sprechen, und das Fehlen jedes greifbaren Vorschlages die Mittheilung unwerthbar mache.

London, 31. Jan. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Ermelo vom 27. Januar: General Bruce Hamilton eroberte am 27. Januar ein Burenlager und machte über 70 Gefangene.

London, 31. Jan. Der „Standard“ meldet aus Pretoria von gestern: Die Abtheilung des Obersten Wilson, 400 Mann stark, ist kaum dem Schicksal entgangen, von einer überlegenen Burenstreitmacht am Wilgefluß abge schnitten zu werden. Als sie bei Tagesanbruch dort eintrafen, wurden 200 Mann durch die dort befindliche Furt gefandt, um eine kleine Abtheilung des Feindes zu verfolgen. Als bei Tagesanbruch einige Buren gefangen genommen wurden, wurde die englische Vorhut plötzlich von allen Seiten vom Feinde, der 900 Mann stark war, umzingelt. Es gelang ihr, sich nach der Furt durchzuschlagen. Als sie dieselbe passiren wollte, fand sie dieselbe abgeschnitten und es gelang ihr nur durch einen Vorstoß, sich mit der Hauptabtheilung zu vereinigen. Die ganze Abtheilung zog sich darauf von Hügel zu Hügel sechtend, auf Frankfurt zurück.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 30. Jan. Die Zolltarifkommission des Reichstages nahm einen vom Grafen Polodowsky bekämpften Antrag Camp-Kardorff und Senoffen an, wonach bei Waaren, welche je nach dem Herkunftslande verschiedenen Zollätzen unterliegen, der Nachweis über den Herstellungsstaat zu erbringen ist, widrigenfalls die Abfertigung nach dem höchsten Satze erfolgt. Wenn über die Herstellung nach dem höchsten Satze berechtigten Lande Zweifel nicht bestehen, kann von der Festsetzung des Nachweises abgesehen werden. Die Kommission nahm hierauf in der Fassung der Vorlage den ersten Absatz des 8. Paragraphen an, wonach für Waaren aus den Staaten, welche Deutschlands Waaren ungunstiger als andere behandeln, ein Zollzuschlag bis zur doppelten Tarifsätze oder bis zum vollen Werthe zulässig ist und Zollfreie Waaren bis zur Hälfte des Wertes unterwerfbar sind. Es folgte eine lebhafte Debatte über die Anträge betreffend die Retorsionszölle.

Berlin, 30. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages befaßte der Abg. Bebel die Forderung von 30 000 M. Zuschuß für die von der deutschen Kolonialgesellschaft in Verbindung mit anderen Privatgesellschaften zu errichtenden Auskunftsstelle für deutsche Auswanderer. Staatssekretär v. Rittthofen hob hervor, es handle sich um die Ausführung eines vom Reichstage selbst gefaßten Beschlusses, eine unter Aufsicht des Reiches stehende, von diesem unterstützte Auskunftsstelle zwecks objektiver Unterrichtung der Auswanderungslustigen zu schaffen. Aufgabe der Auskunftsstelle sei, den Auswanderungslustigen eine möglichst richtige Kenntniß fremder Länder und Reisewege zu vermitteln. Er glaube nicht, daß sich die Sache billiger und praktischer machen lasse. Es empfehle sich die Einrichtung nicht, könne der Reichstag später den Vorschlag von den dauernden Ausgaben abgeben. Weitere Beratung morgen.

Frankfurt, 30. Jan. Bei der heutigen Landtags-eröffnung wurde der Kandidat der vereinigten linksstehenden Parteien, Reichsruhr Rudolf Defet, mit 471 Stimmen gewählt. Der nationalliberale Kandidat vom Rath erhielt 353 Stimmen.

Brüssel, 30. Jan. Während der heutigen Sitzung der Kammer, in welcher über den Antrag auf gerichtliche Verfolgung des sozialistischen Abg. Maets beraten wurde, kam es zu hitzigen Szenen. Als Maets für den Antrag eintrat, erlöhnte von den Tribünen die Rufe: „Hoch das allgemeine Wahlrecht, nieder mit der Rutte.“ Der Präsident befahl, einen Schreier zu verhaften. Während dessen fanden im Hause lärmende Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen und liberalen Abgeordneten statt, wobei der liberale Verhaegen, der dem Präsidenten eine an den Zuschnitten betheiligte Person bezeichnet haben sollte, von den Sozialisten als Polizeispion bezeichnet wurde. Infolge dessen kam es zu Thätlichkeiten. Der Präsident ließ die Tribünen räumen, wobei fünf Personen verhaftet wurden. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, wurde

die Beratung wieder aufgenommen. Da aber der sozialistische Abg. Verhaegen jetzt noch fortfuhr, Verhaegen zu beschimpfen, schloß der Präsident die Sitzung.

London, 30. Jan. Der Ausschuß, welcher mit der Untersuchung der gegen die mit dem Ankauf von Pferden in Oesterreich-Ungarn betrauten Offiziere erhobenen Beschuldigungen beauftragt ist, bezeichnet die Beschuldigungen als ungerechtfertigt und erklärt, daß die Offiziere Beurtheilungstrübsünder begangen hätten, da die bezahlten Preise namentlich zu Anfang viel zu hoch gewesen seien. Der Bericht tabelt die Montirungsverwaltung, weil sie unterlassen habe, bei dem Ausbruch des Krieges festzustellen, auf welche Weise der Bedarf an Pferden im Auslande, namentlich in Oesterreich-Ungarn, am besten gedeckt werden könne.

London, 31. Jan. Wie die „Times“ aus Shanghai vom 30. Januar meldet, theilt der Laotai der Vantenkommission mit, daß am 31. Januar die erste monatliche Rate der von China zu erlegenden Entschädigungssumme von 1 820 000 Taels ausbezahlt werden soll.

Verschiedenes.

Berlin, 31. Jan. Beim Minister v. Thielens erschienen an seinem 70. Geburtstag zur Begrüßung die Reichsminister, Prinz Alexis von Hessen, der Chef des Kabinetts v. Lucanus, der Präsident des Reichsfinanzamts Schulz, sowie Vertreter zahlreicher Behörden, Adressirten, Vereine und zahlreiche Abgeordnete.

Berlin, 31. Jan. Bei dem geistigen Empfange der Eisenbahnpräsidenten der preussischen Eisenbahndirektionen, welche dem Minister v. Thielens zum 70. Geburtstag namens sämtlicher Beamten und Arbeiter gratulirten, führte Lekturer der „Nat.-Ztg.“ zufolge aus, er rechne auf die Präsidenten, daß sie alles thun werden, um die Möglichkeit der gegenwärtigen Lage abstellen zu helfen, und dafür zu sorgen, daß wir den Arbeitslosen Arbeit geben, und daß wir überhaupt zur Hebung der Landeswohl-fahrt nach Kräften beitragen.

Hamburg, 31. Jan. Gestern früh brach in der Delfschmühle von Karl Ramble eine Feuerbrunst aus, welche an der Fabrik und dem sechsstöckigen Lagergebäude großen Schaden anrichtete.

Köln, 31. Jan. (Telegr.) Der Rhein ist seit gestern früh um 84 cm gestiegen.

Frankfurt, 31. Jan. (Telegr.) Von dem Zuge Nr. 58, von Heidelberg kommend, wurden heute Vormittag zwischen hier und der Station Eulsa zwei Streckenarbeiter überfahren und sofort getödtet.

Wien, 30. Jan. Die philosophische Fakultät der hiesigen Universität hat beschlossen, den Großherzog Rainer in Anerkennung seiner besonderen durch Ankauf und Herausgabe des Papyrus Rainer erworbenen Verdienste um die Wissenschaft zur Feier seiner Goldenen Hochzeit die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu verleihen.

Wien, 29. Jan. Seine Majestät Kaiser Wilhelm ließ heute Mittag durch ein Mitglied der Deutschen Botschaft einen prachtvollen Kranz am Sarge des Kronprinzen Rudolf niederlegen.

Paris, 31. Jan. (Telegr.) Die konservativen Blätter verzeichneten einen von 16 Damen der Aristokratie unterzeichneten Aufruf, worin es heißt: Angesichts der kriegerischen und moralischen Interessen des Landes und angesichts der Sozialismus theilen wir unseren Freundinnen mit, daß wir beschlossen haben, vorläufig alle überflüssigen Ausgaben zu vermeiden. Der Aufruf erklärt zum Schluß, daß die auf diese Weise erparnten Summen dem Wahlfonds für antimilitärische Mandatsbewerber gewidmet werden sollen.

London, 31. Jan. (Telegr.) Gestern kamen hier 78 Postenfälle vor.

Großherzogliches Hoftheater. Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 1. Febr. Abh. B. 35. Ab. Vorh. Kleine Preise. „Kabal und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Ulfse: Elisabeth Parwig vom Stadttheater in Lübeck als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 2. Febr. Abh. B. 35. Ab. Vorh. Mittelpreise. „Die Zauberflöte“, Oper in 2 Akten von E. Schikaneder, Musik von W. A. Mozart. Königin der Nacht: Hilda Pajosty vom Königl. Hoftheater in München. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Am Sonntag, den 9. Februar wird als 15. Vorstellung außer Abonnement die Neuinszenirung der Zauberflöte „Der böse Geist Lumpazivagabundus oder das lieberliche Aleeblatt“ bei Mittelpreisen in Scene gehen. Gebührenfreie Abgabe der abomirten Plätze an die Abonnenten Samstag den 1. Februar, Nachmittags 3 bis 5 Uhr, Reiden-folge B., C., A.; allgemeiner Vorverkauf von Montag, den 3. Februar, Vormittags 9 Uhr an.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Temper.	Wind.	Wolken.	Wind.	Wolken.
30. Nachts 11 U.	759.8	0.0	4.3	92	NE	heiter
31. Morgs. 7 U.	760.8	-0.8	2.9	67	„	bedeckt
31. Mittags. 2 U.	760.3	3.4	3.1	54	„	heiter

Höchste Temperatur am 30. Januar: 1.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.2.

Niederschlagsmenge des 30. Januar: 0.2 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 31. Jan.: 3.89 m, gestiegen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Kay) Adolf Herfing, Karlsruhe.

Empfehle mich zur Anfertigung von Balloletten vom einfachsten bis zum elegantesten Genres

Olof Forsberg Jr., Amalienstr. 57 U im Hause des Herrn Hofphotographen Schuhmann,

Regierung
Allgemeinheit
nd das dritte
erstergebene
Frust, da sie
hört erhalte.
mit 298 gegen
mission unter-
n von sechs
600 Francs
von zwei bis
mission
Abstim-
mungs-er-
Kammer, die
esche Jahre zu
ihre Partei-
sozialistische
Es sei man-
zu nicht zu
pflichtung auf-
reibrige Man-
Die Konser-
zu Beschluß
dies zu fügen.
Sehe keine
ale und repu-
blängerung
eine die retere
sigen Regime
führen werde.
Beschluß, der
de, noch dem
es für sicher,
fen des Ber-
im Jahre
Sorjäre. Im
neg 1899 auf
Jahr brachte
uswanderen,
Personen auf
da die Zahl
in Jahre nur
in hat. Die-
g der letzten
britische
Wuterland
te betrug im
bei ist zu be-
amanderungs-
vermehr hat,
ne irlandische
benoerung
den Staaten
er und am
er und unter
enthell der
1901 auf
Abendigung
Sobung des
in Aus die
den Jahre für
erhalten.

17. März.
arschalls
generals
3 zutreffende
Nichtigkei-
sürten. Das
dem Wort
(konstante
wie Jun
Bericht des
die Festungs-
weise einem
wird). Die
Vorstand des
ernte wurde
ent verbannt.

Das unterzeichnete Bankhaus hat in seinem neuerbauten Geschäftshause

Karlstrasse 11

umfangreiche feuer- und einbruchssichere, nach den neuesten Erfahrungen der Technik construirte Tresore mit thermischen Thüren errichten lassen, welche nach der Ansicht berufener Techniker und Beurtheiler nach beiden Richtungen hin die höchste Sicherheit bieten, abgesehen von der Feuersicherheit des Hauses selbst.

Stahlpanzerkammern

enthält schmiedeeiserne Schränke mit Schrankfächern (Safes)

in verschiedenen Größen, welche zu den an meinen Effektschaltern erhältlichen Bedingungen vermietet werden. Diese Schrankfächer dienen zur Aufbewahrung von Werthpapieren und sonstigen Werthen jeder Art und Dokumenten unter Selbstverschluss und Selbstverwaltung der Miether.

Eine weitere **Stahlpanzerkammer** dient zur Aufbewahrung der **offenen Depots**. Für die **geschlossenen Depots** ist eine besondere Abtheilung in einer der Stahlpanzerkammern vorgesehen. Ich übernehme unter voller Haftung nach den Bestimmungen des Gesetzes

1. Die **Aufbewahrung von Werthsachen in geschlossenem Zustande,**
2. Die **Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren in offenem Zustande** (offene Depots)

und besorge die damit zusammenhängenden Obliegenheiten: Einziehung der fälligen Zins- und Dividendenscheine, Controle über Auslösung, Kündigung, Convertirung u. s. w.

Die hinterlegten Werthe sind als gesonderte Depots und als Sondereigenthum der einzelnen Hinterleger getrennt von andern Beständen in der für diesen Zweck bestimmten Stahlpanzerkammer aufbewahrt.

Die Bedingungen für die Aufbewahrung der offenen und geschlossenen Depots können gleichfalls an meinen Effektschaltern in Empfang genommen werden.

Den Angestellten meines Hauses ist strengste Verschwiegenheit über alle zu ihrer Kenntniss gelangenden Vermögens-Angelegenheiten der Kunden zur Pflicht gemacht.

Dem bei mir verkehrenden Publikum ist Gelegenheit geboten, in verschiedenen, eigens dafür bestimmten, verschliessbaren Räumen alle mit der Selbstverwaltung der Werthpapiere zusammenhängenden Arbeiten, Trennung der Zinnscheine u. s. w. vorzunehmen.

Fachzeitungen und Ziehungslisten, sowie die namhaftesten Nachschlagewerke mit Informationen über die meisten Werthpapiere stehen im Lesezimmer zur Verfügung.

Ausser den mit der Verwaltung von Werthpapieren zusammenhängenden Transactionen übernimmt das unterzeichnete Bankhaus alle sonstigen bankgeschäftlichen Betreffnisse zu sorgsamster Erledigung.

Veit L. Homburger.

Baden-Baden. Conversationshaus.
 Samstag, den 8. Februar 1902,
 Abends 8 Uhr:
Grosser Maskenball
 in den festlich decorirten und brillant beleuchteten Sälen des Conversationshauses.
 Zwölf Preise
 worunter 2 Gruppenpreise von Mk. 150.— und Mk. 100.— in baar für originelle Gruppen von mindestens 3 Personen; ferner 5 Damen- u. 5 Herren-Preise den schönsten oder originellsten Damen- und Herren-Costümen.
 Zwei Ball-Orchester. Eintrittspreis 3 Mark.
 Das Städtische Cur-Comité.
 P. 946.1

Eintracht, eingetragener Verein, Karlsruhe.
 In der Sitzung des engeren und weiteren Ausschusses am 16. Januar 1902 wurden nachstehende Schuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 1000 fl. des 4% Obligationsanlehens der Eintracht gezogen:
 6 Stück Lit. A Nr. 102, 215, 539, 553, 559, 571
 à 100 fl. gleich 171 R. 45 Pf.
 8 Stück Lit. B Nr. 6, 69, 161, 162, 363, 497, 514, 526
 à 50 fl. gleich 86 R. 72 Pf.
 Diese Obligationen werden hienit zur Heimzahlung auf den 1. August 1902 gefündigt, mit welchem Tage die Verzinsung aufhört und gelangen dieselben bei der Vereinszahlungsstelle Bankhaus Ed. Kölle dahier zur Einlösung.
 Karlsruhe, den 16. Januar 1902.
 Der Vorstand
 der Eintracht, eingetr. Verein.
 P. 752.2

Freiwillige Grundstücksversteigerung.
 Theilungshalber lassen Heinrich, Ida, Albert und Hermine Weidert, mündeljährig in Durlach nachbeschiedenes Anwesen — Wirthshaus zum Kranz — auf dem Rathhause in Durlach am
Freitag den 21. Februar 1902.
 Nachmittags 3 Uhr,
 durch das Notariat Durlach I versteigern, wobei für Ertheilung des Zuschlags eine Frist von 14 Tagen vorbehalten bleibt. Die weiteren Steigerungsbedingungen sind im Amtszimmer des Notariats einzusehen.
 Gemerkung Durlach,
 1. Pl. 1. Lq. Nr. 10. 1,00 a Hofraithe im Ortsetter an der Hauptstrasse mit zweistöckigem Wohngebäude (Wirthshaus zum Kranz) cf. Nr. 7 Kirchstrasse, cf. Nr. 11, 21.
 2. Pl. 1. Lq. Nr. 14. 0,81 a Hofraithe im Ortsetter (wie Biffer 1). Hierauf ein einstöckiges Oekonomieggebäude cf. Nr. 12, 15, cf. Nr. 18, 21.
 3. Pl. 1. Lq. Nr. 21. 0,97 a Hofraum, cf. Nr. 9, 10, 11, cf. Nr. 12, 13, 14 und 18.
 Das Ganze ange schlagen zu 24000 M.
 Durlach, den 28. Januar 1902.
 Großh. Notariat I.
 Bauer.

Holzversteigerung.
 Großh. Forstamt Durlach versteigert
Donnerstag, den 6. Februar d. J.,
 Vormittags 11 Uhr
 anfangend, auf dem Rathhause zu Wöffingen aus Domänenwald Hohenberg, Abtheilung 1—10, von einer Räumung, einer Mähtung, einer Durchforstung, einer Räumung und von Dürrhölzern, aus Domänenwald Schloßberg von Dürrhölzern, Durchforstung:
 15 Fichten-Baupfannen, 90 Nadelholz-Hopfenstangen III., 360 Nadelholz-Hopfenstangen IV., 1350 Nadelholz-Mehsteden I. und II. Nr., 2150 Nadelholz-Bohnensteden;
 118 Ster buchenes, 77 Ster eichenes, 54 Ster gemischtes, 3 Ster Nadel-Scheit- und Rollenholz;
 17 Ster buchenes, 121 Ster gemischtes, 10 Ster Nadel-Prügelholz;
 175 buchene, 1425 gemischte Wellen, 4375 Fichtennwellen, 5 Voese Schlagraum.
 Die Hilsenwaldhüter Bolt und Weber in Wöfchingen zeigen das Holz auf Verlangen vor.
 P. 998

Flügel und Pianinos
 von
Steinweg Nachf.
 empfiehlt der Alleinverreter
Ludwig Schweisgut,
 Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.
 P. 997

Holzversteigerungen.
 Großh. Forstamt Baden versteigert mit unverzinslicher Vorfrist bis 1. September 1902 aus Domänenwaldabtheilung III 15 „Obere Obel“
Donnerstag, den 6. Februar 1902,
 Vormittags 10 Uhr
 beginnend, im Rathhaus zu Kuppenheim:
 P. 970
 12 Eichen III.—V. Nr., 17 Nadelstämme II.—IV. Nr., 16 Nadelstämme I.—III. Nr., 11 Nadelabschnitte I.—III. Nr., 424 Ster buchenes, 7 Ster eichenes, 31 Ster Nadelstammholz, 142 Ster buchenes, 2 Ster eichenes, 11 Ster gemischtes, 4 Ster Nadelstammholz, 1715 buchene, 900 gemischte Normalwellen, sowie einige Voese Schlagraum.
 Forstwart Koch in Oberndorf erteilt weitere Auskunft.
Samstag, den 8. Februar 1902,
 Vormittags 9 Uhr
 beginnend, im Schützenhaus zu Baden aus den Domänenwaldabtheilungen I 13 „Franzosenweg“ und I 13 „Dicker Schlag“:
 11 Eichen III.—IV. Nr., 17 Buchen I.—II. Nr., 13 Nadelstämme I.—II. Nr., 9 Nadelabschnitte I.—III. Nr., 388 Ster buchenes, 16 Ster eichenes, 6 Ster gemischtes, 46 Ster Nadelstammholz, 54 Ster buchenes, 2 Ster eichenes, 9 Ster gemischtes, 8 Ster Nadelstammholz, 1575 buchene, 175 gemischte, 76 Nadel-Normalwellen, sowie einige Voese Schlagraum.
 Die Forstwärter Bolt in Baden, und Weisermann in Badenscheuren erteilen weitere Auskunft.
 P. 943.1

Offene Gehilfenstelle.
 Bei dem Fürstlich Fürstlichen Rentamt Donaueschingen ist die zweite Gehilfenstelle mit einem Anfangsgehalt von 1000—1200 M. alsbald zu besetzen. Bewerber wollen bis 14. Februar d. J. sich melden und unter Vorlage von Zeugnissen, auch der neuesten Schulzeugnisse, über Alter, Gesundheit, Bildungsgang und bisherige Beschäftigung Auskunft geben.
 P. 999.1
 Finanzgehilfen oder Finanzassistenten finden in erster Reihe Berücksichtigung.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
 Das Großh. Forstamt Schopfheim versteigert:
Freitag, den 7. Februar d. J.,
 Vormittags 11 Uhr
 im Gasthause zur Erdmannshöhle in Dösel aus dem Domänenwaldabschnitt I 5 „Dösel Wald“: 13 Buchen I. und II. Nr.; 4 Eichen I. Nr., 9 dto. II. Nr., 7 dto. III. Nr., 5 dto. IV. Nr., 2 Ahorn, 15 Nadelholz-Stämme I. und II. Nr.; 634 Ster buchenes, 44 Ster eichenes, 2 Ster gemischtes, 20 Ster Nadel-Scheitholz I. bis III. Nr.; 93 Ster buchenes, 9 Ster eichenes Prügelholz II. Nr.; 3375 Stück buchene, 75 Stück tannene Normalwellen, sowie 2 Voese Schlagraum. Forstwart Jost in Dösel zeigt das Holz auf Verlangen vor und fertigt Auszüge aus den Aufnahmestellen.
 P. 997

Bürgerliche Rechtsfreileidung.
 P. 943.1. Nr. 63446. Freiburg.
 Der Rechtsanwalt Hubert Federle zu Freiburg klagt gegen die Georg Schmidt Eheleute von Freiburg, zur Zeit an unbekanntem Orten, aus anwaltlichlicher Vertretung mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare kostenfällige Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung von a. der beklagte Ehemann 61 R. 35 Pf. und 4% Zins, b. die beklagte Ehefrau 279 R. 05 Pf. und 4% Zins und ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung der Rechtsfreileidung vor das Großh. Amtsgericht zu Freiburg auf
Samstag, den 22. Februar 1902,
 Vormittags 9 Uhr,
 Zimmer Nr. 7.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Freiburg i. B., den 25. Januar 1902.
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
 P. 195. Nr. 6255. Ettlingen.

Zwangsvollstreckung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die in Ettlingen belegene, im Grundbuche des Ettlingen zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Vertram Strauß, Kaufmann in Karlsruhe, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstücke am
Samstag den 15. Februar 1902,
 Vormittags 11 Uhr,
 durch das unterzeichnete Notariat im Rathhause zu Ettlingen versteigert werden.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Dezember 1901 in das Grundbuche eingetragen worden.
 Die Einträge der Mittheilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen des Grundstücks betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungs-urkunde ist Jedermann gestattet.
 Es ergibt die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Beschreibung des zu versteigernden Grundstückes:
 Lq. Nr. 1206, 3 h 86 ar Bauplatz, Gemann Eisingen.
 Schätzung 1830 M.
 Ettlingen, den 21. Dezember 1901.
 Großh. Notariat I
 als Vollstreckungsgericht.
 Gschbach.

Et. Blaffen.
 P. 964
 In das Vereinsregister ist unter D. 3. 5 eingetragen worden:
 in Spalte 1: 1.
 in Spalte 2: Freiwillige Feuerwehr St. Blaffen, Et. Blaffen,
 in Spalte 3: Die Sägun ist am 19. August 1901 errichtet,
 P. 921

in Spalte 4: Ebner, Ewald, Baugemeister, St. Blaffen, Forstamt, Wörmser, Adolf, Schreinermeister, St. Blaffen, Stellvertreter, St. Blaffen, den 23. Januar 1902, Großh. Amtsgericht.

Bekanntmachung.
 Den Kammergericht
 Stetten a. L. M. bet.
 Der Kammergericht des Reichsgerichts Stetten a. L. M., umfassend die Gemeinden Altheim, Engelsweil, Guttenberg, Partheim, Dauten, Deinitzen, Zornbeinfetten, Neidingen, Zornbeinfetten, Oberglasshütte, Schmellingen, Stetten a. L. M. und Unterglasshütte, ist die Erhebung gekommen.
 Bewerbungen sind innerhalb 14 Tagen unter Anschlag der nach § 1 der Kammergerichtsordnung vom 23. November 1887 erforderlichen Zeugnisse bei unterzeichneter Stelle einzureichen.
 Neidingen, den 28. Januar 1902.
 Großh. Bezirksamt.
 Renner.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Bahnanwaltschaft—Eisenbahnen.
 Vergabe von Sacharbeiten.
 In öffentlichem Wettbewerb kommen a. die Abbruch-, Grab-, Maurer- und Steinhauserarbeiten, b. die Zimmerarbeiten, für ein neues Stall- und Remisengebäude in Waldbirch zur Vergabe. Pläne und Bedingungen liegen in unserem Bureau (Wolffstraße) zur Einsicht auf, woselbst auch Antragsformulare zum Empfangen der Uebersichtspreise in Empfang zu nehmen sind.
 Die nach Einzelpreisen gestellten Angebote sind mit entsprechender Bescheinigung versehen, portofrei längstens bis zu dem am **Samstag den 1. Februar 1902, Nachmittags 5 Uhr,** eingehenden Eröffnungsverhandlung anzureichen.
 Waldbirch, den 21. Januar 1902.
 Gr. Eisenbahnbureau.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1902 ist zum Tarif II C (Berkehr Eisenbahndirektionsbezirke Frankfurt a. M. und Mainz, sowie Main-Neckar-Rhein-Schweiz) der I. Nachtrag zum Tarif II G (Rhein- und Main-Umschlagplätze—Schweiz) der II. Nachtrag erschienen. Diese Nachträge, welche von den beteiligten Verwaltungsbüroaus unentgeltlich bezogen werden können, enthalten neben verschiedenen Änderungen und Ergänzungen der allgemeinen Tarifklassen und der Tarifbestimmungen die in unserer Bekanntmachung vom 5. Dezember v. J. angeführten anderweitigen zum Tarif II C und II G für die Frankfurter und Mainzer Bahnhöfe, für Mainz, Hofen, Mannheim, Neckarvorstadt, Badenshausen a. Rh., Sinsbaldsburg, Sinsbald und Mainz.
 Ferner enthält der I. Nachtrag zum Tarif II C einige Tarifbestimmungen, soweit durch die letzteren Preisermäßigungen herbeigeführt werden sollen, welche erste ab 1. Mai 1902 in Kraft treten.
 Karlsruhe, den 29. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion
 der Badischen Staatseisenbahnen.

Südwestdeutsche Schweizerische Güter-Verkehr.
 Mit Gültigkeit vom 1. Februar d. J. ist zum Tarif II C (Berkehr Eisenbahndirektionsbezirke Frankfurt a. M. und Mainz, sowie Main-Neckar-Rhein-Schweiz) der I. Nachtrag zum Tarif II G (Rhein- und Main-Umschlagplätze—Schweiz) der II. Nachtrag erschienen. Diese Nachträge, welche von den beteiligten Verwaltungsbüroaus unentgeltlich bezogen werden können, enthalten neben verschiedenen Änderungen und Ergänzungen der allgemeinen Tarifklassen und der Tarifbestimmungen die in unserer Bekanntmachung vom 5. Dezember v. J. angeführten anderweitigen zum Tarif II C und II G für die Frankfurter und Mainzer Bahnhöfe, für Mainz, Hofen, Mannheim, Neckarvorstadt, Badenshausen a. Rh., Sinsbaldsburg, Sinsbald und Mainz.
 Karlsruhe, den 29. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion
 der Badischen Staatseisenbahnen.

Badischer Notarverein.
 Die Mitgliederversammlungen im Monat Februar finden statt in den Bezirken:
Freiburg: Freiburg (Landgerichtsgebäude) am 3. Februar 1902, Vormitt. 10 Uhr.
Seidelberg-Mannheim: Seidelberg (Notariat) am 2. Februar 1902, Vormittags 10^{1/2} Uhr.
Karlsruhe: Karlsruhe (Landgerichtsgebäude) am 2. Februar 1902, Nachmittags 3 Uhr.
Konstanz: Konstanz (Landgerichtsgebäude) am 2. Februar 1902, Nachm. 3^{1/2} Uhr.
Offenburg: Offenburg (Landgerichtsgebäude) am 2. Februar 1902, Nachmittags 3^{1/2} Uhr.
 P. 972